Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

ANLAGE
zu TO.-Pkt.

interne Nummer XV/0765/V

Eitorf, den 04.09.2023

Amt 60.2 - Stadt- und Verkehrsplanung, Umweltschutz

Sachbearbeiter/-in: Michaela Straßek-Knipp

Bürgermeister

i.V.

Erste Beigeordnete

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, 18.10.2023
Tourismus, Marketing, Digitalisierung und
Energiewende

Tagesordnungspunkt:

Integriertes Klimaschutzkonzept
Hier: Kommunale Wärmeplanung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Marketing, Digitalisierung und Energiewende beschließt:

1. Die Gemeinde Eitorf spricht sich für eine frühzeitige Bearbeitung des Themenfelds der kommunalen Wärmeplanung aus. Die Verwaltung wird beauftragt die hierfür notwendigen Schritte einzuleiten.
2. Der Antrag auf kommunale Wärmeplanung wird noch im Jahr 2023 von der Verwaltung gestellt, um von der höheren Förderquote zu profitieren.
3. Die durch die Kommunalrichtlinie geförderte kommunale Wärmeplanung (Fassung vom 22. November 2021 mit Änderung vom 18. Oktober 2022) soll beginnend im Jahr 2024 gemäß dem gestellten Förderantrag durchgeführt werden.

Begründung:

Die Kommunale Wärmeplanung soll lokal spezifische Einsparpotenziale im Bereich Wärme und eine

Strategie für eine erneuerbare(re) Wärmeversorgung ermitteln. Bei der geförderten Wärmeplanung sollen außerdem für zwei bis drei Fokusgebiete konkrete Umsetzungspläne erarbeitet werden. Dies ergänzt sich in Teilen mit der ebenfalls im Klimaschutzkonzept der Gemeinde Eitorf beschlossenen Maßnahme „E4 – Klimagerechte Sanierung eines Modellquartiers“. Die Fokusgebiete könnten zum Beispiel die beiden Neubaugebiete West3 und Josefshöhe sowie als Bestandsquartier das Eitorfer Zentrum sein.

Laut aktuellem Gesetzesentwurf soll es für Kommunen mit einer Größe ab 10.000 Einwohnern ab 01.01.2028 zur Pflicht werden, einen kommunalen Wärmeplan vorzulegen, der alle fünf bis zehn Jahre aktualisiert werden soll. Das Wärmeplanungsgesetz soll am 1.1.2024 in Kraft treten.

Seit einiger Zeit bietet die Kommunalrichtlinie eine Impulsförderung für die kommunale Wärmeplanung (<https://www.klimaschutz.de/de/service/meldungen/neue-impulsfoerderung-fuer-kommunale-waermeplanung>) an. Darin wird die Erstellung von kommunalen Wärmeplänen durch fachkundige externe Dienstleister/innen gefördert. Mit der Förderung wurden inhaltliche Anforderungen an die kommunale Wärmeplanung formuliert, die im Technischen Annex zur Kommunalrichtlinie beschrieben sind.

Inhaltliche Anforderungen an einen kommunalen Wärmeplan, entnommen aus dem technischen Annex der Kommunalrichtlinie:

(https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/mediathek/dokumente/20221101_NKI_Kommunalrichtlinie_Technischer-Annex.pdf)

- *Bestandsanalyse sowie Energie- und Treibhausgasbilanz inklusive räumlicher Darstellung:*
 - *Gebäude- und Siedlungstypen unter anderem nach Baualtersklassen*
 - *Energieverbrauchs- oder bedarfserhebungen*
 - *Beheizungsstruktur der Wohn- und Nichtwohngebäude*
 - *Wärme- und Kälteinfrastruktur (Gas- und Wärmenetze, Heizzentralen, Speicher)*
- *Potenzialanalyse zur Ermittlung von Energieeinsparpotenzialen und lokalen Potenzialen erneuerbarer Energien*
 - *Potenziale zur Energieeinsparung für Raumwärme, Warmwasser und Prozesswärme in den Sektoren Haushalte, Gewerbe-Handel-Dienstleistungen, Industrie und öffentlichen Liegenschaften*
 - *Lokale Potenziale erneuerbarer Energien und Abwärmepotenziale*
 - *Zielszenarien und Entwicklungspfade mindestens unter Berücksichtigung der jeweils aktuell gültigen THG-Minderungsziele der Bundesregierung inklusive räumlich aufgelöster Beschreibung der dafür benötigten Energieeinsparungen und zukünftigen Versorgungsstruktur und damit verbundener Kostenprognosen in Form von Wärmevollkostenvergleichen für eine Anzahl typischer Versorgungsfälle, die die Versorgung in der Kommune umfassend abbilden, sowohl für die Einzelheizung als auch für die Versorgung mit Fernwärme. Biomasse und nicht-lokale Ressourcen sind effizient und ressourcenschonend sowie nach Maßgabe der Wirtschaftlichkeit nur dort in der Wärmeversorgung einzuplanen und einzusetzen, wo vertretbare Alternativen fehlen. Die energetische Nutzung von Biomasse ist auf Abfall- und Reststoffe zu beschränken. Diese Nutzung kann insbesondere bei lokaler Verfügbarkeit im ländlichen Raum vertretbar sein. Wenn nicht-lokale Ressourcen eingeplant werden, ist darzulegen, welche Umwelt- und Klimaauswirkungen dies zur Folge hätte und welche ökonomischen Vorteile und Risiken sich für die Verbraucher ergeben im Vergleich zu Alternativen auf Basis lokaler erneuerbarer Energien (Wärmevollkosten inkl. Infrastrukturbeitrag) und wie die Versorgung infrastrukturell sichergestellt werden kann (z. B. Anbindung an Wasserstofftransport- und -verteilnetz). Ggf. vorliegende oder in Arbeit befindliche Transformationspläne gemäß Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sind hinsichtlich der Entwicklung der leitungsgebundenen*

Wärmeversorgung zu berücksichtigen. Hinsichtlich der zukünftigen Nutzung von Biomasse und Wasserstoff in der leitungsgebundenen Wärmeversorgung gelten die Anforderungen aus den Transformationsplänen der BEW.

- Entwicklung einer Strategie und eines Maßnahmenkatalogs zur Umsetzung und zur Erreichung der Energie- und THG-Einsparung inklusive Identifikation von zwei bis drei Fokusgebieten, die bezüglich einer klimafreundlichen Wärmeversorgung kurz- und mittelfristig prioritär zu behandeln sind; für diese Fokusgebiete sind zusätzlich konkrete, räumlich verortete Umsetzungspläne zu erarbeiten.
- Beteiligung sämtlicher betroffener Verwaltungseinheiten und aller weiteren relevanten Akteure [...]
- Verstetigungsstrategie inklusive Organisationsstrukturen und Verantwortlichkeiten/Zuständigkeiten
- Controlling-Konzept für Top-down- und Bottom-up-Verfolgung der Zielerreichung [...]
- Kommunikationsstrategie [...]

Bisheriger Beratungsverlauf:

Am 22.11.2022 hat der AWMDet unter dem Tagesordnungspunkt 5 „Antrag der CDU-Fraktion v. 24.10.2022 - Naturwärme in der Gemeinde Eitorf“ folgendes beschlossen:

- „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Grundlagenermittlung zur Abwägung von Vor- und Nachteilen einzuholen bzw. durchzuführen.
- Über eine etwaige Mittelbereitstellung wird in den Haushaltsberatungen entschieden.
- Herr Dr. Fleck (ehemaliger Landrat Rhein-Hunsrück-Kreis) soll eingeladen werden, über dieses Projekt zu berichten. Alternativ Kontaktpersonen ähnlicher Einrichtungen.“

Am 08.03.2023 wurde im AWMDet in einer Mitteilungsvorlage dazu folgendes erläutert:

- Die unter Punkt 1 beschlossene „Grundlagenermittlung „Naturwärme“ kann im Rahmen der „kommunalen Wärmeplanung“ erarbeitet werden. Die kommunale Wärmeplanung soll im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes durch den Rat beschlossen werden. Sollte die kommunale Wärmeplanung im IKK beschlossen werden, ist die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für eine „Grundlagenermittlung Naturwärme“ nicht erforderlich. Allerdings werden HH-Mittel für den Eigenanteil (ggf. max. 10%) für die Erstellung eines Konzepts der kommunalen Wärmeplanung erforderlich. Diese können gegebenenfalls in einem Nachtragshaushalt für 2023 berücksichtigt werden.

Am 19. Juni wurde das Integrierte Klimaschutzkonzept (nach Vorberatung im ASOMK) einstimmig durch den Rat beschlossen. Das Klimaschutzkonzept beinhaltet die Erstellung eines kommunalen Wärmeplans (Maßnahme E1), der kurzfristig angegangen werden soll.

Begründung:

Antragstellung, Kosten und Förderung:

Bei Antragsstellung bis Ende 2023 beträgt der Zuschuss 90 % der förderfähigen Gesamtausgaben, für finanzschwache Kommunen beträgt der Zuschuss 100 %. Ab dem Jahr 2024 reduzieren sich die Förderquoten auf 60 % bzw. 80 %. Da sich die Gemeinde Eitorf aktuell nicht im Haushaltssicherungskonzept befindet ist es unklar, ob sie als finanzschwach gelten würde (es bedarf einer Einzelfallentscheidung im Rahmen der Antragstellung). Die Gesamtkosten für die Auftragsvergabe werden auf 80.000 bis 100.000 € geschätzt. Damit würde – bei Antragstellung im Jahr 2023 – der Eigenanteil bei maximal 10.000 € liegen. Dieser müsste aus dem Gemeindehaushalt

finanziert werden (siehe Deckungsvorschlag unter finanzielle Auswirkungen).

In jedem Fall ist es sinnvoll den Antrag noch in diesem Jahr zu stellen, um von der generell höheren Förderquote zu profitieren. Zwischen Antragstellung und Bewilligung liegen aktuell 5-8 Monate Bearbeitungszeit. Bei Bedarf kann ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt werden. Dies würde die offizielle Vorbereitung des Projekts ermöglichen, bevor der Bewilligungsbescheid vorliegt. Sollten sich wichtige Grundvoraussetzungen (z.B. Personalvoraussetzungen, siehe unten) in der Gemeindeverwaltung während dieses Bearbeitungszeitraumes ändern, kann der Antrag jederzeit zurückgezogen werden, selbst nach einer Bewilligung.

Personalbindung:

Die Förderung beinhaltet ausschließlich die Kosten für einen externen Dienstleister. Personalkosten, welche innerhalb der Gemeindeverwaltung für die Bearbeitung der Aufgabe anfallen, sind nicht förderfähig. Der Personalaufwand zur Initiierung, Koordinierung und Begleitung des Projekts „kommunale Wärmeplanung“ wird auf mindestens eine viertel bis maximal eine halbe Stelle über den Projektzeitraum von einem Jahr geschätzt. Aufgrund der knapp bemessenen Personalsituation der Gemeinde Eitorf gibt es zwei Möglichkeiten diesen Personalaufwand abzudecken:

- a) Bei einer Weiterbeschäftigung der Klimaschutzmanagerinnen ab 02.2024 bearbeiten diese das Projekt innerhalb der ihnen regulär zur Verfügung stehenden Vollzeitstelle. Dies wäre (förderunschädlich) leistbar, würde aber dennoch bedeuten, dass ggf. andere vereinbarte Klimaschutzmaßnahmen auf dem Zeitstrang nach hinten geschoben würden bzw. nicht durchgeführt werden könnten.
- b) Die Klimaschutzmanagerinnen erhalten eine Stundenaufstockung im für die erfolgreiche Bearbeitung der kommunalen Wärmeplanung notwendigen Rahmen. Diese Stundenaufstockung müsste sich laut Schätzungen auf mindestens zehn Wochenstunden (also fünf Wochenstunden pro Person) belaufen. Diese Personalkosten müssten vollständig durch den Gemeindehaushalt gedeckt werden.

Sollte die Stelle des Klimaschutzmanagements nach dem 31.01.2024 nicht weiterbesetzt werden, sieht die Verwaltung keine Möglichkeit die kommunale Wärmeplanung zum aktuellen Zeitpunkt zu bearbeiten. Bei Wegfall der Klimaschutzmanagerinnen müsste ein ggf. bereits gestellter Antrag zurückgezogen werden und die kommunale Wärmeplanung müsste in späteren Jahren im Haushalt berücksichtigt werden.

Finanzielle Auswirkungen

Ausgehend von einer Antragstellung innerhalb des Jahres 2023 liegt der über den Gemeindehaushalt zu finanzierende Anteil bei maximal € 10000. Bestenfalls – wenn die Gemeinde eine Finanzschwäche bescheinigt bekommt – fallen keine Kosten für den externen Dienstleister an. Der unter Umständen anfallende Kostenanteil stünde im laufenden Haushalt unter folgender Haushaltsstelle zur Verfügung: Sachkonto 543113; Kostenträger 09.01.02; Kostenstelle 100061